GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung. Anzeigenpreise Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz 8909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.)

NUMMER 207 B | BERLIN • Sonnabend, den 3. September 1932 | 1. JAHRGANG

Kongreß der schwarzen Reaktion.

Sittlichkeitskommissare und Pazifistenfresser in Eintracht gegen die Arbeiterschaft. / Telegramme an den Papst und Hindenburg.

W-er. Der Katholikentag, der diesmal in Essen stattfindet, ist seinen Traditionen treu geblieben: die kirchliche und weltliche Reaktion zu einem Stelldichein zu versammeln. Ueber die Kundgebung der Katholischen Schulorganisation, die dazu da ist, schon die Kinder in die katholische Kirche hineinzuzwingen, weil man Erwachsene nicht hineinkriegen würde, wenn man sie vorurteilslos und unbefangen erzogen hätte, berichten wir an anderer Stelle.

Der Einfluß des Katholizismus auf das politische Leben Deutschlands

geht u. a. hervor aus der Reihe weltlicher Würdenträger, die bei der Eröffnungsversammlung anwesend waren: Der preußische Sittlichkeitskommissar, Dr. Bracht, „dessen mannhaftes Eintreten gegen Schund und Schmutz uns mit Befriedigung erfüllt", der bayerische Ministerpräsident Dr. Held, „der die katholische Brücke vom Süden zum Norden Deutschlands schlägt", der unvermeidliche Reichskanzler a. D. Wilhelm Marx, der nicht fehlen darf, wo den Bischöfen Ergebenheitsadressen ausgestellt werden, u. s. w. bis zu Oberpräsidenten, Landeshauptleuten und anderen. Der Ministerpräsident des faschistischen Horthy-Ungarn mit seinen ruch- und rechtlosen Morden an Kommunisten war ebenfalls anwesend.

Sehr interessant ist, daß das Hauptthema: „Christus in der Großstadt" die bisherigen maßgebenden Redner zu dem politischen Klassenstandpunkt hat reden lassen, für den Paulus ihnen das Stichwort gegeben hat, und das noch immer für politische Reaktionäre das Morgen- und Abendgebet gewesen ist: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit" und, wie Herr Bracht weiter zitierte: „Denn es gibt keine Gewalt außer von Gott!" Freilich merkte er wohl selber, daß er sich mit dieser Behauptung in logische Schwulitäten begab; denn da es auch andere Gewalten als seine eigene und die des Herrn von Papen gibt, mußte man an dem paulinischen kategorischen Imperativ eine kleine Einschränkung anbringen. Er berief sich also darauf, daß auch die Obrigkeit sich eines bestimmten Benehmens zu befleißigen habe; „daß die Obrigkeit selbst keinen Schaden erleiden" dürfe. Mit anderen Worten, daß der Mann, der die Obrigkeit repräsentiere, „nicht einer Partei, sondern der Gesamtheit dienen" müsse. Damit hatte Herr Bracht den Grundton gefunden, wonach er sich selber als die Obrigkeit auszeichnete, die „von Gott ist". Natürlich bleibt es gerade die Frage, ob Herr Bracht und die hinter ihm stehenden Kreise mehr der Gesamtheit dienen als andere Leute. Die bisherige Vergangenheit gerade dieser Vertreter des deutschen Volkes: der Großgrundbesitzer, Generäle und der hohen Bürokratie, hat bewiesen, daß es Vertreter eines engeren Klassenstandpunktes als sie überhaupt nicht gibt.

Einer der beiden Präsidenten des Katholikentages, Herr Baumgartner, auf dessen Entscheidung hin Professor Gumbel von der Heidelberger Universität verjagt worden ist, betonte, daß die Obrigkeit nicht nur den Rechtsstaat garantieren dürfe, sondern daß die

Staatsgewalt ihre Schranken im göttlichen Recht

hätte, d. h. daß ein Staatsmann vor jeder wichtigen Entscheidung erst mit dem Stellvertreter Gottes telephonieren müßte. Selbstverständlich forderte Herr Baumgartner, daß man gegen die bolschewistische Gottlosenpropaganda mit staatlichen Mitteln eintreten müsse. Gerade in Hinsicht auf diesen Punkt war interessant, daß der Vorsitzende des Lokalkomitees, Dr. Fischer, sich einsetzte für „ein einträchtiges Zusammenwirken der Konfessionen", weil dies „zur Gesundung Deutschlands dringend notwendig" sei. „Unser Tagungsthema schließt diese

Forderung nach Einigkeit aller Christen als einen Hauptprogrammpunkt

ein. . . . Die unerlöste Masse in den Großstädten schwillt unerhört an. Was ist da natürlicher und notwendiger, als daß die Christen sich in gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. . . . Dabei sind wir gewiß, daß wir damit

in Uebereinstimmung stehen mit dem Herren Reichspräsidenten von Hindenburg,

dessen wir in dieser Stunde gedenken. Die politischen Chefs der beiden Fraktionen: Herr von Hindenburg und der Papst erhielten daraufhin ein Telegramm.

Man sieht: Die Einheitsfront der anderen formiert sich, — wenn auch zum Glück noch immer unter erheblichen Schwierigkeiten. Wir können nur immer wieder diese Beispiele unseren Genossen vor Augen führen, um sie durch diese Erfahrungen darauf zu stoßen, auch ihrerseits an dem Zustandekommen einer Einheitsfront mitzuarbeiten, an deren Schaffung der ISK und der „Funke" rastlos tätig sind, und die durch die Fortschritte auf der gegnerischen Seite nur immer dringlicher werden.

Die Mörder von Potempa begnadigt.

Auf Grund einer Entschließung des preußischen Staatsministeriums vom 2. September sind die Todesstrafen der in Beuthen verurteilten Nazis, die den Kommunisten Pietrzuch meuchlings ermordet haben, im Gnadenwege in lebenslängliche Zuchthausstrafen umgewandelt worden.

Maßgebend war dabei, daß die Verurteilten zur Zeit der Tat noch keine Kenntnis von der Notverordnung gegen politischen Terror vom 9. August und deren schwere Strafandrohungen gehabt hätten.

*

Damit hat nun die Hin- und Herraterei ein Ende, was mit den Nazis wohl geschehen würde. Es bleibt dabei, daß ein nicht revidierbares Urteil nicht gefällt wird. Denn was heißt lebenslängliches Zuchthaus für Nazis! Sie bleiben bestenfalls eingesperrt bis zur nächsten Amnestie. Ueber die Persönlichkeit des einen der Mörder macht die SP-Presse folgende Angaben:

1919 kämpfte Gräupner auf polnischer Seite; 1920 Tätigkeit im deutschen Selbstschutz, aber als Spitzel der Franzosen. Zahlreiche Deutsche fielen auf seine Denunziation hin den französischen Gerichten zum Opfer. Als ihm nach Verrat eines Waffenlagers die Feme des Friedrichshütter Selbstschutzes drohte, ging er wieder nach Polen, von da in die Fremdenlegion. Vor einigen Jahren kehrte er nach Deutschland zurück.

*

Er gehört also zu dem Typ Schlageter, der auch als Held in der Erinnerung der Nationalisten fortlebt und nichts weiter war als ein politischer, eigentlich krimineller Abenteurer.

Maschinengewehrfunde bei SA.

Die Polizei in Harburg-Wilhelmsburg teilt mit, daß bei einem SA-Mann in Harber zwei Maschinengewehre und eine Kiste MG-Munition, bei einem Hofbesitzer in Marbostel drei Kisten mit gegürtelter MG-Munition beschlagnahmt worden sind. In Eyendorf (Kreis Winsen) wurden zwei NS festgenommen, die drei Gewehre und 288 Schuß Munition transportierten.

Englands Großmachtstellung und Ottawa.

Von Hilde Meisel.

Die Konferenz von Ottawa ist beendigt, die englische Delegation ist nach Hause zurückgekehrt, und die Konferenzergebnisse, die sie mitgebracht hat, werden in- und außerhalb des britischen Weltreichs eifrig abgewogen und kritisiert.

War die Konferenz ein Erfolg? Um dies beurteilen zu können, müssen wir vorher fragen: welches war denn überhaupt das Ziel der Konferenz?

Baldwin nannte das Ziel der Ottawaer Konferenz „die Ausweitung des Handels innerhalb des Empire". Welches Interesse hat die englische Regierung daran, gerade innerhalb des Empire den Handel zu fördern, warum fördert sie nicht den Handel mit anderen Ländern? Erst die Beantwortung dieser Frage bringt uns zur Klärung des Ziels, das England der Konferenz gesetzt hat.

Das britische Weltreich ist in der Auflösung begriffen. Indien und Irland wollen sich freimachen von der englischen Vormundschaft: Kanada hat ein Interesse daran, mehr mit den USA als mit England zusammenzuarbeiten; in Südafrika haben weite Kreise der Europäer den Wunsch, die Eingeborenen völlig ungehindert von England auszubeuten und Australiens Achtung vor dem Schutz, den ihm die englische Wehrmacht bieten kann, ist durch die Unkosten, die England ihm zur Finanzierung des Weltkrieges aufgeladen hat, auch nicht gerade gestiegen.

Welches Interesse hat England, die Gründerin und Präsidentin des Empire, daran, dieses auseinanderstrebende Gebilde zusammenzuschmieden?

*

Die Konferenz von Ottawa war eine *Wirtschaft*skonferenz. Es liegt also am nächsten, zu untersuchen, ob es *wirtschaftliche* Interessen sind, die England im Weltreich befriedigen will. Welcher Art diese Interessen sein könnten, ist nicht schwer herauszufinden. Es liegt auf der Hand, daß ein Land wie England, wenn es sich seine Stellung als wirtschaftliche Großmacht sichern will, angesichts der immer noch verschärfenden Wirtschaftskrise und angesichts der immer noch steigenden Zölle und sinkenden Kontingente, sich nach einem Markt für seine Industriewaren umsieht, aus dem es nicht ohne weiteres durch Erlaß eines Zollgesetzes oder Kündigung eines Handelsvertrages verdrängt werden kann. Aber konnte England, wenn es auf der Suche nach einem solchen Markt war, vor den Toren des Empire Halt machen? Gäbe es kein anderes Land, das aus eigenem Interesse gewillt wäre, England entsprechende, wenn nicht noch günstigere Bedingungen einzuräumen, wenn England ihm die Zugeständnisse gemacht hätte, die es seinen Dominions jetzt in den Schoß geworfen hat? Das englische Volk umfaßt doch immerhin über 40 Millionen Menschen, deren Lebensmittel zum größten Teil aus dem Auslande eingeführt werden. Weder Dänemark noch Norwegen, weder Schweden noch Rußland, noch Argentinien oder welches andere Ausfuhrland von Lebensmitteln man auch nimmt, das Einfuhrland für Industriewaren ist, würde sich weigern, englische Waren zu kaufen, wenn England ihm seine Agrarprodukte abnähme; und wahrscheinlich hätte es keines dieser Länder gewagt, derart hohe Forderungen an England zu stellen, wie es Kanada in Ottawa getan hat. Die bisher erörterten *wirtschaftlichen* Interessen, die England zu dem Versuch, das Empire enger zusammenzuschließen, gebracht haben mögen, reichen daher nicht hin, eine Erklärung für den Wunsch Englands zu liefern, sich mit den Dominions enger zu verbünden.

*

Es muß noch ein anderes wirtschaftliches Interesse Englands am Fortbestehen des Weltreichs in Betracht gezogen werden.

Wenn sich das britische Weltreich auflöst, so löst sich wahrscheinlich Irland endgültig vom Mutterland, und auch Indien wäre dann nicht mehr zu halten. Gerade von diesen beiden Ländern, die dem englischen Mutterlande noch weniger als alle anderen in Liebe verbunden sind, wäre aber zu befürchten, daß sie ihre „Verpflichtungen" englischen Kapitalisten und der Regierung gegenüber nicht mehr achten würden, wenn sie aus dem Weltreich ausgeschieden sind. Dann würden die Herren der Londoner City die Schätze aus der indischen Goldgrube nicht mehr so billig

zutage fördern können, dann würden vielleicht sogar ihre Fabriken in Indien beschlagnahmt werden, dann wäre es mit der irischen Landrente endgültig aus. Wenn England den britischen Ländern dagegen Zugeständnisse auf wirtschaftlichem Gebiet macht, dann ist zu erwarten, daß die irischen Farmer darauf dringen werden, daß sich de Valera wieder mit London verständigt, damit auch sie an dem neuen englischen Fleischkontingent teilhaben. Und wenn das Gebäude des Empire zusammenhält, dann wird es leichter sein, Indien in diesem Gebäude festzuhalten.

Dieses Interesse Englands hilft uns schon etwas weiter, wenn wir die Beweggründe Englands in der Empirefrage verstehen wollen.

*

Hat England die Dominions den nicht-britischen Staaten vorgezogen, um die *Tradition* des ruhmreichen Weltreichs aufrechtzuerhalten? Diese Möglichkeit ist nicht zu verwerfen. Schließlich waren es ja englische *Minister*, die in Ottawa verhandelten, Minister, die gleichzeitig Parteileute sind und denen es schwerfallen würde, vor der nationalistischen Bourgeoisie, aus der sich ihre Wähler rekrutieren, die Preisgabe des Weltreichs vertreten zu müssen. Kein Führer der Labour-Regierung würde sich leichten Herzens bereit erklärt haben, das große britische Reich, in dem die Sonne nie untergeht, in seine einzelnen Bestandteile zerfallen zu lassen; und da sollten es die Konservativen sein, die Empire-Makers, die diesen Schritt wagen?

So überzeugend dies klingt, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß die Engländer Geschäftsleute sind, und sich nicht von „verwaschenen Empire-Idealen" hinreißen lassen, wenn es ihren wirtschaftlichen Interessen widerspricht, wie der „Manchester Guardian" ganz richtig schreibt. Das Interesse am Festhalten an der Tradition des Empire spielt sicher eine gewisse Rolle; zur Erklärung der Zugeständnisse, die England den Dominions auf wirtschaftspolitischem Gebiet gemacht hat, reicht es nicht aus.

Sind diese Zugeständnisse damit zu erklären, daß England sein Weltreich aus *Prestige*-Gründen erhalten will? Die Großmächte, die heute in der Politik etwas zu sagen haben, verfügen über Einflußsphären in der Welt, sie verfügen über Kolonien. Wenn die Dominions sich von England losgemacht haben, dann bleibt England kein großes Reich mehr übrig, in dem seine Stimme gehört wird. Dadurch würde es an Prestige einbüßen. Angesichts des Wunsches der englischen Regierung, eine politische Großmacht zu bleiben, wird dieses Interesse gewiß Beachtung finden.

*

Will England sich durch die Abkommen von Ottawa *militärische Sicherungen* verschaffen? Die einzelnen Länder haben das Recht, unabhängig voneinander über Krieg und Frieden zu entscheiden. Ein militärisches Interesse Englands am Weltreich könnte also nur darin bestehen, daß bei einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mehr Hoffnung dafür besteht, daß die britischen Länder auch politisch einheitlich vorgehen werden und daß England z. B. in Indien oder Australien seine militärischen Stützpunkte behält. Es ist möglich, daß sich England derartige Einflußsphären auch außerhalb des Empire schafft. Sie müßten dann aber eben *geschaffen* werden, während sie innerhalb des Weltreichs schon *bestehen*.

Es ist wichtig, auf das militärische Interesse Englands am Weltreich hinzuweisen; aber es ist auch wichtig, festzustellen, daß wir *Beweise* dafür, daß es England in der Empire-Frage um die Wahrung dieses Interesses zu tun ist, keineswegs in der Hand haben. Die kommunistische Presse streicht in ihren Besprechungen der Ottawaer Konferenz als wichtigstes Ergebnis heraus, daß hier an der antirussischen Front geschmiedet worden ist. Belege dafür hat sie nicht, die gibt es auch nicht. Denn wenn der kanadische Ministerpräsident die Engländer dazu bewegen wollte, die Einfuhr russischer Waren nach England zu verbieten, so ist diese Forderung mit rein wirtschaftlichen Interessen zu erklären. Der Kampf, den England gegen die kanadische Forderung gefochten hat, zeugt nicht dafür, daß es sich mit Rußland verfeinden möchte; es beweist aber auch nicht das Gegenteil. Wenn wir also auf das militärische Interesse Englands an der Aufrechterhaltung des Weltreichs hinweisen, so gründet sich dieser Hinweis nur auf Vermutungen.

*

Wir haben eine Reihe von Interessen betrachtet, die England dazu treiben können, das Auseinanderfallen des britischen Weltreichs zu verhindern. Wir müssen jetzt untersuchen, ob es England in Ottawa gelungen ist, die britischen Länder dauerhaft zusammenzuschmieden, und wie hoch der Preis war, den England für die Befriedigung dieser Interessen zu zahlen bereit war.

Die Tatsache, daß die Konferenz von Ottawa noch am vorletzten Tag dem Scheitern nahe war, sowie die andere Tatsache, daß die Zugeständnisse, die Kanada England gemacht hat, so ungenau formuliert worden sind, daß es vorläufig noch ungewiß ist, ob England dabei überhaupt wesentliche Vorteile erzielen wird, diese Tatsachen lassen es zweifelhaft erscheinen, daß die Konferenz von Ottawa eine Schmiede des britischen Weltreichs gewesen ist. Auch die englischen Zeitungen zweifeln daran, und wenn Mitglieder der englischen Delegation behaupten, Ottawa habe zu hervorragenden Ergebnissen geführt, so dient das wohl eher dazu, die Stimmung im eigenen Lande zu heben, als dazu, einen wahrheitsgetreuen Bericht über Ottawa abzugeben.

England hat den Dominions einige bedeutende wirtschaftliche Zugeständnisse gemacht. Es ist von dem alten englischen Grundsatz der zollfreien Nahrungsmitteleinfuhr abgewichen, indem es Zölle für Weizen (in Höhe von etwa 7—8 Prozent), für Butter, Käse und Eier (etwa 15 Prozent) und Kontingente für die meisten Fleischsorten zugesagt hat, außerdem Zölle auf Kupfer (etwa 60 Prozent!), Zink, Blei, Holz u. s. w. Dazu kommt noch, daß die Bestimmung aufrechterhalten wird, daß alle in England geltenden Schutzzölle nicht auf britische Waren Anwendung finden.

Was England als Gegengabe erhalten wird, ist noch gar nicht abzusehen; es hängt völlig davon ab, wie die kautschukartigen Bestimmungen des englisch-kanadischen Paktes ausgelegt werden. In englischen Wirtschaftskreisen rechnet man jedenfalls nicht mit einem großen Anwachsen der Ausfuhr nach den Dominions.

*

Es ergibt sich also die Frage: sind Englands Interessen am Weltreich, die wir beschrieben haben, den Preis wert, den es in Ottawa dafür zahlen mußte?

Den direkten Preis der Lebensmittelzölle werden die englischen Arbeiter zahlen, deren Interessen ja von der Regierung nicht in Betracht gezogen werden. Da aber die sich aus den höheren Lebenshaltungskosten ergebende Schrumpfung der Massenkaufkraft zu einer Verschärfung der Wirtschaftskrise führt, werden indirekt auch die englischen Kapitalisten hierfür zu zahlen haben.

Zu einer Verschärfung der Weltwirtschaftskrise führt die Erhöhung der Zollmauern überhaupt. Das kann man am Beispiel des Kupferzolls sehen: Seitdem die Kupferproduktion von Rhodesien und Kanada ausgebaut worden ist, sind diese Länder gerade in der Lage, das Weltreich mit Kupfer zu versorgen. Bisher führte aber Kanada einen großen Teil des Kupfers keineswegs nach England aus, sondern nach den USA. Es wird also seinen Handel umleiten müssen. Andererseits bestehen innerhalb des Weltreichs nicht genügend Raffinerien für das dort verbrauchte Kupfer. Und so kommt man zu dem unsinnigen Plan, in Kanada und England Kupferraffinerien zu errichten, während außerhalb des Weltreichs Dutzende von Raffinerien gar nicht oder nur ungenügend ausgenutzt werden.

Die ehemaligen Kupferlieferanten Englands werden also künftig weniger nach England ausführen können, ebenso wird es vielleicht stehen mit seinen Lieferanten von Fleisch, Molkereiprodukten, Weizen und Holz. Diese Länder werden dann weniger von England kaufen können. In welchem Umfange diese Schrumpfung von Englands Handel mit nichtbritischen Ländern eintreten wird, das wird sich wohl in den Ergebnissen der demnächst in London stattfindenden Weltwirtschaftskonferenz zeigen und diese Ergebnisse, zusammen mit der endgültigen Formulierung der Abkommen von Ottawa und Englands neuen Handelsverträgen mit Dänemark, Argentinien und Rußland werden das deutlichste Zeichen dafür sein, wie England die Bilanz von Ottawa einschätzt und in welchem Maße diese Bilanz, außer von nicht-britischen, auch von englischen Kapitalisten und Arbeitern bezahlt werden muß. Denn noch ist in der Frage, was in Zukunft aus dem britischen Weltreich wird, das letzte Wort nicht gefallen, noch sind die Verträge von Ottawa nicht ratifiziert und die Weltwirtschaftskonferenz steht noch bevor, noch hat England die Möglichkeit, sich von seinen britischen Töchtern zurückzuziehen, um zu verhindern, daß die Töchter ihr über den Kopf wachsen und dadurch Englands Stellung als Großmacht mehr gefährden, als wenn die Töchter sich endgültig von der Mutter trennten.

Die deutsche Denkschrift vor dem französischen Kabinett.

Ueber die deutsche Denkschrift zur Wehrfrage ist inhaltlich nichts Neues bekanntgeworden. Herriot hat sie, wie er versprochen hatte, auf der Rückreise nach Paris genau studiert. Journalisten gegenüber hat er hinterher erklärt, die Schrift sei „sehr interessant". Das war alles, was sie aus ihm herausgebracht haben. Auch nach der eingehenden Kabinettsratssitzung, in der er am Donnerstag nachmittag mit seinen Ministerkollegen die Denkschrift besprochen hat, hat man nichts Neues erfahren. Eine kurze amtliche Verlautbarung sagt lediglich, daß Herriot einen Bericht über die außenpolitische Lage gegeben habe.

Von seiten amtlicher französischer Kreise wird dieses Schweigen damit erklärt, daß die französische Regierung mit ihrer Antwort auf die deutsche Schrift zurückhalte, bis sie sich mit den übrigen Unterzeichnern des Versailler Vertrags verständigt habe, vor allem mit England, mit dem Frankreich in dieser Frage gemäß dem englisch-französischen Konsultativ-Pakt Hand in Hand zu arbeiten wünsche. Die Besprechungen zwischen Herriot und Simon in Jersey haben sich offenbar eingehend mit den Fragen der Abrüstung und der deutschen Gleichberechtigungsforderung beschäftigt. Aber auch darüber wird amtlich nichts mitgeteilt.

*

Englische Pressestimmen: „Manchester Guardian" betont, die englische Regierung habe weder einen deutschen Anspruch unterstützt noch sich ihm widersetzt. Die beste Lösung hinsichtlich der deutschen Forderungen sei natürlich, die Deutschland verbotenen Waffen auch bei den anderen Nationen abzuschaffen. Das sei aber unmöglich!

Auch der „Daily Herald" sucht die Verhandlungen über den deutsch-französischen Gegensatz auf die Abrüstungskonferenz abzuschieben. Die deutsche Haltung sei ja verständlich und auch berechtigt, aber der Zeitpunkt, in dem Deutschland seine Forderung anmelde, sei schlecht gewählt.

Die englische Regierung denkt anscheinend ähnlich. Bei allem „grundsätzlichen Verständnis", daß sie für die deutschen Ansprüche hat, hält sie offenbar den Zeitpunkt für eine Aktion zugunsten dieser Ansprüche nicht für gekommen. Die Kriegsschuldenregelung mit Amerika liegt ihr am Herzen, und sie fürchtet, wie es scheint, daß Amerika mit seiner Forderung nach Abrüstung der europäischen Staaten von den Schleicherschen „Umbau"-Plänen nicht sonderlich angenehm berührt ist.

Das Echo, das die Meldung von der deutschen Denkschrift in Amerika gefunden hat, bestätigt diese Befürchtung. In amerikanischen Regierungskreisen soll die Aeußerung gefallen sein, Amerika sei in erster Linie an der Herabsetzung der Rüstungen interessiert; jeder deutsche Schritt, der auf eine Erhöhung der Rüstungen abziele, mache daher einen recht ungünstigen Eindruck. Daneben fallen auch in Amerika, ähnlich wie in England, Urteile, die den Vertretern der deutschen Wünsche freundlich das Verständnis und die Sympathie der Amerikaner zusichern — höfliche Worte, die den Verkehr erleichtern sollen, ohne eine Verpflichtung aufzuerlegen.

Die Bewaffnung während der Entwaffnungskonferenz.

Der Pressedienst der Internationalen Antimilitaristischen Kommission hat eine Rüstungschronik herausgegeben, die die Zeit vom 17. März bis zum 16. Juli 1932 umfaßt. Wir entnehmen ihr die folgende Zusammenstellung.

Seit 1899 sind die Weltausgaben für den Militarismus mindestens verdreifacht. Seit dem Bestehen des Völkerbundes haben sie sich wiederum verdoppelt.

Kriegsvorbereitungen und Heeresrüstungen.

Belgien: Der Generalstab des Heeres bereitet ein neues großes Verteidigungswerk in der Gegend von Battice vor, das sämtliche Verkehrswege zwischen Lüttich und Aachen beherrschen wird. Dieses Festungswerk soll aus einer Anzahl mit einander verbundener bombensicherer Unterstände bestehen, die sich im ganzen über ein Gebiet von 25 Hektar hinziehen. Nördlich von Battice sollen noch zwei derartige Werke gebaut werden. Das ganze Verteidigungssystem soll im Herbst 1935 fertig sein.

Frankreich hat dicht an der lothringischen Grenze auf jedem Kilometer „kleine Festungen" im Bau, mit Telephon, Wasser, elektrischem Licht, u. s. w.

Jugoslawien läßt durch eine Schweizer Firma zwei strategische Bahnlinien bauen von 300 und 61 km Länge.

Die Schweiz plant eine Verstärkung ihres Heeres und einen Umbau seiner Organisation. Die Ausbildungszeit soll verlängert, das Kriegsmaterial vermehrt werden. Der Schweizerische Ständerat hat am 5. Juli 18,5 Millionen Schweizer Franken = 0,80 Mark) für die Beschaffung von Kriegsmaterial bewilligt, davon 1,5 Millionen für Gasmasken.

Flottenrüstungen.

Frankreich beabsichtigt den Bau eines Panzerkreuzers von 26 000 Tonnen. Der Kriegshafen Cherbourg soll erheblich erweitert werden, in erster Linie, um die großen Torpedojäger aufnehmen zu können.

Griechenland ist infolge finanzieller Schwierigkeiten gezwungen, seinen Marine-Etat herabzusetzen und drei Kriegsschiffe zu entwaffnen.

Die Mandschurei will eine eigene Kriegsflotte bauen und zu diesem Zweck eine Anleihe aufnehmen.

Der Luft- und Gaskrieg.

Australien: Das Personal der Luftstreitkräfte besteht aus 110 Offizieren und 800 Mann, hinzu kommen noch 60 Offiziere und 200 Mann der zivilen Luftflotte. Die Flugzeuge waren nach dem Krieg zum großen Teil veraltete Maschinen. Sie sind seitdem ersetzt worden durch technisch vollwertige moderne Apparate.

Italien errichtet in Monte Celio, 24 km südlich von Rom, ein Institut für den Luftkrieg. Außer einem großen Flugplatz soll eine ganze Stadt entstehen, die den Zwecken dieses Instituts dient. Die Italiener arbeiten an der Konstruktion eines neuen Flugzeuges, das in zehn Minuten in eine Höhe von 6000 Meter aufsteigen kann, und in dieser Höhe eine Geschwindigkeit von 360 km pro Stunde erreicht. Für Flüge in mehr als 10 000 Meter Höhe oder mit einer größeren Geschwindigkeit als 500 km pro Stunde sind besondere Prämien ausgesetzt.

Japan: Nach Mitteilungen aus Amerika hat die Flugzeugfabrik Mitsubishi ein neues, großes Bombenflugzeug erbaut, das mit 4 Junkers-Motoren von 870 Pferdekräften ausgerüstet ist.

Jugoslawien: Die Organisation der Luftstreitkräfte hat weiter große Fortschritte gemacht. Vorhanden sind 120 Jagd-, 80 Tagbomben-, 20 Nachtbomben- und 150 Beobachtungsflugzeuge sowie 250 Reserve- und Schulflugzeuge. Die Marine verfügt über 60 Flugzeuge sowie 30 Reserve- und Schulflugzeuge.

Dem Völkerbund wurden bedeutend höhere Bestände an Personal und Material angegeben, offenbar, um im Falle einer Beschränkung die tatsächliche Rüstung beibehalten, ja sogar noch erhöhen zu können!

Hinsichtlich des Materials ist dieses Land noch immer stark vom Auslande abhängig, insbesondere von *Frankreich* und der *Tschechoslowakei*.

Rumänien verfügt über 60 Jagd-, 40 Bomben-, 100 Beobachtungs- und 100 bis 200 Schul- und Reserveflugzeuge. Die Luftwaffe ist noch stark im Ausbau begriffen, jedoch wird das Tempo durch den ungünstigen Zustand der Finanzen und der Rückständigkeit der Industrie sehr verlangsamt. Auch Rumänien hat dem Völkerbunde den Stand seines Flugwesens höher angegeben als er in Wahrheit ist.

Im ganzen Lande werden kostenlos Gas-Schutz-Kurse abgehalten.

Einer höheren Lehranstalt in Bukarest ist eine besondere chemische Schule angegliedert, die der Ausbildung künftiger Reserve-Offiziere dient.

Die Kriegsindustrie.

Spanien: Das Parlament beschloß die Bildung eines Konsortiums von Rüstungsbetrieben: einer Militärfabrik in Toledo, einer Artillerie- und pyro-technischen Fabrik in Sevilla, der Sprengstoffwerke in Granada, einer Pulverfabrik in Murcia, einer Fabrik tragbarer Waffen in Orviedo und einer Geschützfabrik in Trubia.

Tschechoslowakei: Der inzwischen verunglückte Schuhkönig Bata hatte die Regierung ersucht, das Luft-Regiment nach Otrokowetz zu verlegen, wo sich seine Unternehmungen befinden. Er war bereit, Flugfeld, Schuppen und Kasernen auf seine Kosten errichten zu lassen.

Während die englische Regierung 3 Kreuzer in Auftrag gegeben hat und demnächst einige Zerstörer in Auftrag geben wird, ist am Mittwoch der neue italienische 10 000-Tonnen-Kreuzer vom Stapel gelaufen.

Bravo, Litauen!

H. Lt. Die litauische Regierung hat die Eröffnung der „Katholischen Universität" in Kowno mit der Begründung verboten, daß ihr bisher noch nicht die erforderlichen Unterlagen für das „wissenschaftliche Niveau" der Universität vorgelegt worden seien. Solche Unterlagen können für eine katholische Universität auch gar nicht erbracht werden. Denn wo dem freien Forschen durch Kirchen-Dogmen Schranken gesetzt werden, da geht die Wissenschaftlichkeit der Arbeit flöten. Was übrig bleibt, ist — nach einem Ausdruck Nelsons — „gelehrte Handwerkerei".

Der Altonaer Blutsonntag.

Ergebnisse eines überparteilichen Untersuchungsausschusses.

Der 17. Juli, an dem eine nationalsozialistische Demonstration durch die Arbeiterviertel Altonas 18 Tote kostete, ist zum Ausgangspunkt einer wilden Kommunistenhetze geworden. Die Reichsregierung benutzte sofort die Gelegenheit, um in einer amtlichen Verlautbarung von „hinterhältigen Ueberfällen von kommunistischer Seite“ zu sprechen und ihre Entschlossenheit anzukündigen, „alle Maßnahmen zu treffen ...“ u. s. w. Am 20. Juli erfolgten dann diese Maßnahmen: Severing wurde verjagt mit der ausdrücklichen Begründung, er sei gegenüber den Kommunisten nicht genügend unabhängig, um gegen deren Terror energisch einschreiten zu können. Und ein paar Tage später fiel dann auch der Altonaer Polizeipräsident Eggerstedt (SPD), obwohl er sich das Verdienst erworben hatte, Herrn von Papen im Anschluß an die Altonaer Vorgänge das Stichwort von den kommunistischen Ueberfällen zuzurufen.

Schon hiernach ist zu befürchten, daß die noch ausstehende Gerichtsverhandlung über den Altonaer Blutsonntag noch weit mehr als die gewöhnlichen politischen Prozesse gegen die Arbeiterschaft gerichtet sein wird. Ganz besonders aber wird diese Gefahr erhöht durch die Schuld, die die Altonaer Polizei an jenem Sonntag auf sich geladen hat. Würde hier mit dem Maße gemessen werden, das neulich an das Verhalten der Dortmunder Polizeibeamten angelegt wurde, die gegen eine Uebermacht sie bedrängender Nazis vorgegangen waren, dann wären für Altonaer Polizisten viele Jahre Zuchthaus fällig. Es besteht also auf Seiten der Polizei — und wie wird es dann auf Seiten der Justiz sein? — das Interesse, die Schuld auf Kommunisten abzuwälzen, wie Eggerstedt das von vornherein versucht hat. In Altona sitzen bereits Arbeiter unter Zuchthausanklage hinter Schloß und Riegel.

Es ist unter diesen Umständen besonders begrüßenswert, daß — natürlich unter starkem Anteil der „Roten Hilfe“ — in Hamburg ein

„Ueberparteilicher Ausschuß zur Untersuchung der Vorgänge in Altona am 17. Juli“

zusammengetreten ist. Ein ISK-Genosse, der in dem Ausschuß mitgearbeitet hat, schreibt uns über dessen Arbeit:

„Durch Zeitungsnotizen und Handzettel wurden Augenzeugen gebeten, sich zu melden. Diejenigen, die ihre Berichte schon an die ‚Hamburger Volkszeitung‘ geschickt hatten, vorwiegend Kommunisten, wurden vor den Ausschuß geladen und auf Grund ihrer Niederschrift ins Kreuzverhör genommen. Zeugen, die die gleichen Vorgänge schilderten, wurden einander gegenübergestellt. Die Straßen und die beschossenen Wohnungen wurden genau besichtigt, die Wohnungsinhaber vornommen. Die Untersuchung wurde von Juristen geleitet.“

Vor einiger Zeit ist für die Presse ein zusammenfassender Bericht des Ausschusses herausgekommen, aus dem wir hier einige Abschnitte zusammenstellen. Es handelt sich im folgenden bis auf das letzte Zitat (aus dem „Hamburger Tageblatt“) durchweg um Zitate aus dem Ausschußbericht.

Quellenangabe.

„Bevor auf die Ereignisse während des Durchmarsches eingegangen wird, sei kurz darauf hingewiesen, daß die Feststellungskommission zu ihrem Material zählt: 84 Berichte von Augenzeugen, weitere an Hamburger Tageszeitungen eingesandte 35 Augenzeugenberichte, Pressemeldungen allgemeiner Art. Hinzu kommen die von der Kommission gemachten Ortsbesichtigungen, der Bericht des Arztes, der die Verwundeten zumeist behandelte. Die Augenzeugenberichte stammen von Personen, die sich zu 70 Prozent aus Parteilosen zusammensetzen, die übrigen sind in der NSDAP, Staatspartei, SPD und KPD organisiert.“

Was wollten die Nazis?

„Daß von Seiten der Nationalsozialisten ein friedlicher Verlauf des Durchmarsches nicht beabsichtigt war, stellt die Kommission fest. Weniger aus der jenem Sonntag vorausgegangenen Pressekampagne, in der vom „Erzwingen“ des Durchmarsches usw. die Rede ist, als vielmehr aus den Tatsachen, daß die Zugteilnehmer sich zum „Leerfegen“ der Straße mit Hieb-, Stich-, Schlag- und Schußwaffen aller Art versehen hatten, wofür eine Aufstellung aus 42 Zeugenaussagen vorhanden ist. Inzwischen ist ja auch bekannt geworden, daß die Polizei später einen ganzen Lastkraftwagen voller Schuß- und Schlagwaffen beschlagnahmt hat.“

„Fenster zu!“

„Die Demonstration der Nationalsozialisten nahm einen ungestörten Verlauf, solange sie sich in Gegenden befand, die nicht von Arbeitern bewohnt sind. In dem Arbeitergebiet selber befanden sich viele Leute schon vor Beginn des Durchmarsches auf den Straßen, sei es, daß sie den Zug ansehen wollten, sei es, daß sie wie üblich an warmen Sommertagen vor den Häusern saßen oder dort auf und ab gingen, was für viele der dort wohnenden Proletarier die einzige Erholungsmöglichkeit ist. Die in diesen Straßen aufgestellte Polizei vertrieb die Passanten in die Häuser und gab vielfach unter dem Ruf: „Fenster zu!“ Schreckschüsse ab.“

Wie der Angriff der Nazis signalisiert wurde.

„Der erste Zwischenfall ereignete sich in einer Arbeiterstraße (Mörckenstraße 77), als ein Teil des Zuges, durch eine Straßenbahn zum Stillstehen gebracht, mit lauten Rufen die Bewohnerschaft aufforderte, ihre Fahnen einzuziehen. Bei dieser Gelegenheit wurde aus dem Zuge heraus eine Selterwasserflasche *an der Häusermauer* hochgeworfen, die natürlicherweise zerscherbend wieder herunter kam. Darauf wurden aus dem Zuge heraus Rufe laut, man sei von oben beworfen worden, doch verhinderte die Polizei hier noch, daß Nationalsozialisten in das Haus eindrangen. Dieser Fall verdient deshalb Beachtung, weil einige Straßen weiter, nachdem es schon mit Arbeiteransammlungen, die zum Teil die ‚Internationale‘ sangen, zu Prügeleien gekommen war, die Nationalsozialisten das Manöver des Flaschenwerfens wiederholten (Kreuzung Kirchenweg—Papagoyenstraße) und hier sogar

mit Säure gefüllte Flaschen

benutzten. Als hier auch ein Schuß fiel — den der SA-Sturmführer Gotthardt aus seiner Wohnung (Kleine Papagoyenstraße 1) abgegeben hatte, stürmten die Nationalsozialisten, aus Revolvern heftig schießend, gegen die Papagoyenstraße vor. Jetzt setzen die Arbeiter hier zu einem Gegenangriff ein. Ohne — wie durch vielfache Zeugenaussagen festgestellt werden konnte — dabei zu schießen. (Nur eine Aussage einer Nationalsozialistin lautet dahin, daß sie ‚glaubt, daß aus den Häusern geschossen worden sei‘.).“

„Auch in der Breitestraße wiederholte man das Flaschenwerfmanöver, wo man sogar einen harmlosen Straßenpassanten verdächtigte, er habe geworfen, so daß dieser — ein älterer Herr — zunächst von der Polizei verhaftet wurde und erst auf Eingreifen mehrerer Zeugen hin wieder freigelassen wurde. Die Beispiele mit dem Flaschenwerfen lassen sich noch vielfach an Hand der Zeugenaussagen wiederholen.“

Polizei setzt fort, was SA begann.

„In der Schauenburger Straße war von einem Polizeischutz, der den Zusammenstoß hätte verhindern können, bei Beginn der Auseinandersetzungen nichts zu sehen. Einige hundert Nationalsozialisten benutzten die Gelegenheit, um die Koppel abzuschnallen und mit dem zur Schlagwaffe zusammengewickelten Riemen auf die Zivilisten — Männer, Frauen, Kinder —, welche die Straße säumten, loszustürmen und einzuschlagen. Die dann hinzukommende Polizei ging — nach fast wörtlich übereinstimmenden Zeugenaussagen — nicht nur nicht gegen die schlagenden, schießenden, werfenden Nationalsozialisten vor, sondern schoß auf die sich in Notwehr befindende Arbeiterschaft. Nach Zeugenschätzung sind an dieser Straßenecke allein etwa 400 bis 500 Schuß abgegeben worden. Zahllos sind die einzelnen Zeugenaussagen von Leuten, die mit Riemen und Karabinerhaken, Flaschen, Tambourstöcken geschlagen worden sind, mit Revolvern und Messern attackiert wurden. . . . Es sei ein Passus aus dem ‚Hamburger Anzeiger‘ Nr. 166, vom 18. Juli, hier angeführt, wo es heißt: ‚Die vor Angst halb wahnsinnige Menge jagte in wilder Flucht durch die Straßen, in schmalen Hauseingängen Schutz suchend. Vielfach aber waren die Haustüren verschlossen.‘“

Das Wüten der Polizei.

„Der Eindruck, daß man es mit einer ‚vor Angst halb wahnsinnigen Menge‘ zu tun habe, wie es der Berichterstatter einer bürgerlichen Zeitung formuliert, schien sich der Polizei nicht mitgeteilt zu haben, denn es setzte nun von Seiten der Polizei eine wilde Schießerei ein, die die meisten Opfer, Tote und Verwundete, forderte.“

„Wichtig ist . . . die Feststellung der Kommission, daß die Polizei die sogenannte Säuberungsaktion noch fortsetzte lange Zeit, nachdem auch die letzten Teilnehmer der nationalsozialistischen Züge die Straßen passiert hatten. In welcher Weise die Polizei dabei vorging, erhellt am ehesten aus den Feststellungen der Todesursachen einiger bei dieser Aktion Erschossenen.“

Opfer.

„Ein Teil der Toten wurde in ihren Wohnungen von Polizeikugeln tödlich getroffen:

Frau Roschke . .., im dritten Stock ihrer Wohnung durch das geschlossene Fenster beim Essen erschossen.

Erna Sommer, 18jährig, mit ihren zwei Kindern auf dem Arm, in der Wohnung einer Nachbarin durch Polizeikugeln erschossen.

Frau Hoffmann, hinter der Tür ihres Papiergeschäfts erschossen.

Ragotzki, über den Hof hinweg, von einer Polizeikugel getroffen, als er seine Tauben vom Fenster nehmen wollte.

Reichsbannermann Rasch, in seiner Wohnung erschossen.

Miersch, in seiner Wohnung erschossen.“

„Es muß aber noch eingegangen werden auf die 64 Verwundeten, die ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Vier Personen wurden tot eingeliefert, weitere 14 Personen sind im Krankenhaus gestorben.

Bei den übrigen Verwundetenfällen wurden — wie auch bei den Getöteten — in der Hauptsache Schüsse von Polizeikarabinern ärztlicherseits einwandfrei festgestellt.

Die Photos und die gefundenen Projektilstücke liegen im Krankenhaus.“

Dachschützen?

„Die Ortsbesichtigung erbrachte den Beweis, daß der Vorwurf der Dachschützen unsinnig sei. Die Häuser haben derart schräge Dächer, daß sich ein Mensch höchstens mühevoll anklammern könnte. Es fragt sich also, ob etwa aus Dachluken geschossen worden sei. Die hier geführten Nachfragen, vor allem bei nationalsozialistischen Zeugen, ergeben klar, daß von Dachschützen in keinem Fall etwas bemerkt worden sei, es sei denn, daß es sich bei Dachschützen, also Schützen, die aus Dachluken oder von Balkonen geschossen haben, um Polizei gehandelt hätte. Das wird allerdings durch vielfache Zeugenaussagen einwandfrei festgestellt.“

Der Vorwurf des organisierten kommunistischen Ueberfalls.

„Man begründet diese Anschauung mit einem Flugblatt der Antifaschistischen Aktion, mit der Anwesenheit auch vieler Hamburger Arbeiter in Altona und mit Barrikadenbau. Die Kommission ist der Ansicht, daß ein vorbereiteter Angriff in den überaus engen Straßen wahrscheinlich zu Hunderten von Opfern auf Seiten der Demonstranten hätte führen müssen. In dem, in der ‚Volkszeitung‘ erschienenen Aufruf der Antifaschistischen Aktion heißt es:

‚Der Massenselbstschutz der Antifaschistischen Aktion muß in erhöhter Alarmbereitschaft gemeinsam mit dem gesamten klassenbewußten Proletariat Altonas dafür sorgen, daß Altona nicht ein zweites Eckernförde wird.‘

Es handelt sich hier also um eine reine Defensivmaßnahme. Die in Altona damals anwesenden Hamburger Arbeiter setzten sich zusammen zu einem kleinen Teil aus Zufallspassanten und Sensationshungrigen. Eine größere Anzahl dürfte vermutlich hingegangen sein, um ihren eventuell bedrängten Klassengenossen Beistand zu leisten.“

„Ueber Barrikaden liegt nur eine Zeugenaussage vor, und zwar über eine Barrikade in der Kleinen Freiheit, auf der ein Hut befestigt war, um den Anschein zu erwecken, daß dahinter Menschen seien. Jedoch war nach der Zeugenaussage niemand dahinter zu sehen.“

Lob der Polizei, gesungen vom Hamburger Nazi-Blatt:

„Scharf fassen die Beamten zu . . . Mit besonderem Elan greift die berittene Schupo ein. Die Wut der Beamten steigert sich von Minute zu Minute. . . . Die Polizei ist überall äußerst schwer beschäftigt und benimmt sich ganz hervorragend. . . . Wiederum geht berittene Polizei, die hervorragende Bravour bewies, in Karriere gegen die einzelnen Gruppen vor.“ (Das nationalsozialistische „Hamburger Tageblatt“ vom 18. Juli über den Altonaer Blutsonntag.)

Der Kaiser ging — die Generäle blieben.

71) THEODOR PLIVIER.

Copyright by Malik-Verlag 1932

Er spricht über die militärische Situation:

„Ich halte das Heft in Berlin fest in der Hand. Durch die Straßen Moabits ziehen zwar Soldaten mit roten Schleifen, und am Bahnhof Putlitzstraße haben sich Elemente angesammelt, die sich die ‚Rote Garde‘ nennen; es treffen auch unausgesetzt Matrosen in Berlin ein, doch die werden verhaftet und festgehalten . . .“

„Die Matrosen werde ich auf die Schiffe zurücktransportieren!“ wirft Admiral v. Mann ein.

Der Kriegsminister spricht weiter, über die allgemeine Sicherung der Reichshauptstadt; er begnügt sich mit Allgemeinheiten. Dem Kabinett, das im engeren Kreis des Reichskanzlers ohnehin schon „der Sowjet“ genannt wird, hat er nicht allzu viel mitzuteilen. Auch die Exzellenzen, die nach dem Kriegsminister sprechen, haben kaum etwas vorzubringen. Die Entscheidungen dieser Stunde werden offenbar an anderen Stellen getroffen: im Kriegsministerium, im Oberkommando der Marken, vielleicht im Arbeitszimmer des Kanzlers, vielleicht auch im Vorstand der Sozialdemokratischen Partei.

Die bürgerlichen Mitglieder des Kabinetts fühlen sich durch das eigenmächtige Vorgehen der Sozialdemokraten bedroht.

Dr. Solf weist auf die gemeinsame Gefahr hin:

„Ich habe auswärtige Pläne der Bolschewiki erhalten. Ihre Hoffnung für die Weltrevolution ist jetzt Deutschland. Im Dezember soll hier losgeschlagen werden. Der Großadmiral, Exzellenz von Tirpitz, steht auf der Proskriptionsliste, auch Exzellenz Scheidemann!“

Scheidemann kann ein Lächeln nicht unterdrücken. Er denkt an die ihm seit langem zugehenden Briefe, nach denen er totgeschlagen wird, wenn er noch einmal Kriegskredite bewilligt und wie ein toller Hund beseitigt werden soll, wenn er keine bewilligt und so der Regierung in den Rücken fällt. Erschossen, erschlagen, aufgehängt soll er werden — aus den widersprechendsten Gründen. „Vaterlandsverräter!“ „Arbeiterverräter!“ „Königlicher Sozialdemokrat!“ „Elender Schuft!“ wird er in den Briefen tituliert. Sogar die christlich-konservative „Kreuzzeitung“ hat gefordert, daß sein Blut auf den Sandhaufen fließen müsse. Scheidemann hat sich lange an Prophezeiungen, wie Dr. Solf sie vorbringt, gewöhnt. Sein Optimismus hat darunter nicht gelitten. Er liest Zuschriften dieser Art jetzt beim Morgenkaffee und hat sich sogar eine Sammlung davon angelegt.

Wie die Spitzelberichte über den Bolschewismus zustande kommen, weiß er genau. Schließlich war er es ja, der angeregt hatte, die Kurierkiste des russischen Botschafters auf dem Schlesischen Bahnhof platzen zu lassen, aus dem dann prompt das gewünschte Material zutage gefördert wurde — allerdings erst im Polizeipräsidium. Die aufgefundenen Flugblätter waren von deutschen Unabhängigen verfaßt und in deutschen Druckereien hergestellt worden. Aber das haben die Behörden nicht gemerkt und der russische Botschafter wurde ausgewiesen. Scheidemann läßt sich nicht bange machen, er weiß Bescheid.

„Aber bitte, ich habe ganz zuverlässige Nachrichten. Ich werde Sie mit meinem Gewährsmann zusammenbringen!“ sagt Dr. Solf.

„Nein, ich danke, Exzellenz, ich werde doch nichts Neues zu hören bekommen. Ich habe selbst gute Quellen, die mich auf dem Laufenden halten. Aber eines, meine Herren, kann ich Ihnen versichern: meine Partei wird dafür sorgen, daß Deutschland vom Bolschewismus verschont bleibt!“

Die Debatte zieht sich ins Uferlose.

Nach zwei Stunden wird sie geschlossen.

Die engeren Ratgeber des Prinzen versammeln sich in seinem Arbeitszimmer, um Pläne für die nächste Zukunft zu erwägen:

Der Kaiser werde sicher abdanken, unter den obwaltenden Umständen bleibe ihm nichts andres übrig. Nach der Abdankung müsse sofort zur Nationalversammlung aufgerufen werden. Das Kabinett sei kein arbeitsfähiges Instrument; am besten schicke man diesen „Sowjet“ nach Hause. Sozialdemokraten könne man in die neu zu bildende Regierung unbedenklich aufnehmen, aber nicht Scheidemann, der schließlich nur durch sein Rednertalent emporgekommen sei. Schon eher Leute wie Noske, der solide Tüchtigkeit bewiesen habe. Dr. Simons schlägt Ebert als den gegebenen Reichskanzler vor. Prinz Max dürfte allerdings nicht völlig ausscheiden. Am günstigsten sei es, wenn der Kaiser den Prinzen zu seinem Stellvertreter ernennen würde.

Gleichzeitig tagen die Sozialdemokraten.

Im Fraktionszimmer des Reichstages ist der Parteivorstand zusammengetreten, erweitert durch Mitglieder aus der Fraktion und Vertrauensmänner aus den Betrieben. Scheidemann berichtet über die Stellungnahme der Regierung zum sozialdemokratischen Ultimatum und übermittelt den Versammelten den Entschluß des Reichskanzlers, von seinem Amt zurückzutreten. Er wundert sich über die Ruhe, mit der sein Bericht entgegengenommen wird — eine geradezu sträfliche Ruhe angesichts der im Lande wachsenden Empörung.

Ebert sitzt schwer auf seinem Stuhl — abwarten, die Ereignisse herankommen und sich von ihnen tragen lassen, ist seine erprobte Taktik. Die Beisitzenden Wels, Bauer und andere haben der Meinung Eberts keine eigene entgegenzusetzen. Die hinzugezogenen Parteialten — Pfannkuch ist siebenundsiebzig Jahre alt, Molkenbuhr genau so hinfällig, Gehrisch weiß überhaupt nicht mehr, was vorgeht — zählen nur bei den Abstimmungen. Die einzigen, die gegen Ebert hätten opponieren können, wären einige der zu den Unabhängigen übergegangenen Abgeordneten gewesen.

Doch die Vertrauensleute aus den Betrieben drängen:

„Länger zurückhalten können wir die Kollegen nicht mehr!“ „Wir werden sowieso bloß noch Bremser genannt!“ „. . . und Arbeiterverräter!“ „Wenn wir nicht mitmachen, werden wir einfach überrannt!“ „Lehmann muß endlich weg!“

(Fortsetzung folgt.)

Von der Arbeiterfront.

ITF. Am 29. August, mittags 12 Uhr, sind die polnischen Seeleute, Hafenarbeiter und Kranführer in den Streik getreten. Für diejenigen, die die Entwicklung der Ereignisse in Polen verfolgt haben, kommt dieser Streik nicht unerwartet. Seit dem letzten Jahre haben die Reeder versucht, die Organisation der Seeleute zu vernichten dadurch, daß sie die Seeleute zwangen, sich der faschistischen Organisation anzuschließen. Die Lage war also kritisch, und als die Reeder Anfang Juli 1932 ohne weiteres das Verpflegungsgeld von 4,50 Zloty auf 2,80 Zloty pro Tag senkten (1 Zloty = 47 Pfennige), und darüber hinaus noch die Heuer um 15 bis 20 Prozent vermindern wollten, wurde der Zustand bedrohlich.

Für die Hafenarbeiter sind die Stundenlöhne am 23. Juni um 10 bis 15 Prozent gesenkt worden, während das Schlepperpersonal eine zweite zehnprozentige Lohnverminderung zu tragen hatte. Daraufhin hat der Polnische Transportarbeiterverband für alle Gruppen Gegenforderungen eingereicht. Das führte zu Verhandlungen, die während der Monate Juli und August stattfanden. Für die Seeleute mußte ein neuer kollektiver Arbeitsvertrag zustandegebracht werden, und die Reeder erklärten sich bereit, die Löhne bis zum Abschluß dieses neuen Vertrages nicht herabzusetzen. Diese Forderung war von dem Polnischen Transportarbeiterverband zur Bedingung für die Verhandlungen gemacht worden.

Mit dem Seeamt in Gdingen wurden auch Verhandlungen geführt um zu einer Uebereinkunft für die Kranführer und Spezialarbeiter zu gelangen. Für die übrigen Hafenarbeiter kamen die Verhandlungen erst Anfang August zustande, aber schon am 11. August wurden sie ohne Erfolg abgebrochen. Wegen der Verhandlungen über eine Uebereinkunft für die Seeleute und Kranführer beschloß der Verband damals, vorläufig keine Kampfmaßnahmen zu ergreifen. Diese Verhandlungen sind abgebrochen worden, weil die Organisationen keine Lohnsenkung dulden wollten. Sämtliche Arbeiten im Gdinger Hafen und auf den dort liegenden polnischen Schiffen ruhen.

Lahmlegung der holländischen Schiffahrt.

Die Gewerkschaften haben den von den Unternehmern angenommenen Vermittlungsvorschlag des Reichsschlichters zurückgewiesen. Der Streik der holländischen Seeleute dauert infolgedessen fort. Eine Schiffahrtsgesellschaft ist von dem Streik ausgenommen; nur ihre Schiffe können ausfahren. Sechs vor der Ausreise stehende Dampfer konnten den Hafen nicht verlassen, da von der holländischen Mannschaft nur der Kapitän anwesend war.

Die holländischen Gewerkschaften ersuchen alle Seeleute in anderen Ländern dringend, keine Arbeit auf holländischen Schiffen anzunehmen, solange der Konflikt dauert.

Der englische Weberstreik.

Der Streik der Weber in Lancashire hat sich im Laufe der Woche stark ausgedehnt. Außer Blackburn und Preston, wo noch eine kleine Anzahl von Webereien in Betrieb stehen, liegen die wichtigsten Baumwollzentren völlig still. In mehreren Orten, in denen die Zahl der Webstühle nicht sehr bedeutend ist, wird noch in einigen Fabriken gearbeitet. Die Gewerkschaften sind mit dem Ausmaß, in dem die Streikparole befolgt ist, zufrieden.

Die Northern Counties Textile Trades Federation, deren Führer stets versuchen, dem radikaleren Weberverband einen Dämpfer aufzusetzen, bemüht sich, das Zustandekommen von Vermittlungsaktionen zwischen Unternehmern und Arbeitern zu fördern. Auf dem Gewerkschaftskongreß, in Newcastle, der am Montag beginnt, wird der Gewerkschaftsrat mit dem Weberverband über dieses Thema verhandeln.

Eine „Arbeiterzeitung" nimmt Stellung zum Weberstreik.

Der „Daily Herald", der früher einmal eine Arbeiterzeitung war, heute aber nur als kapitalistisches Blatt zum Betrug der Arbeiterschaft bezeichnet werden kann, nennt den Streik in dicken Ueberschriften „diese Torheit", und weiß über den mutigen Kampf der englischen Weber nur zu sagen, daß er „einen fürchterlichen Schlag für *unseren* (!) Ausfuhrhandel bedeutet und eine ungeheure Zunahme der Arbeitslosigkeit". „Wenn der Ausstand fortdauert, werden Konkurrenten in Japan, China, Indien und den USA ihre Stellung auf dem Markt festigen . . ." Kein kapitalistisches Blatt findet stärkere Worte gegen den Streik.

Der „Daily Herald" richtet einen dringenden Appell an die Regierung, in den Konflikt einzugreifen. Unser Londoner Mitarbeiter schreibt uns hierzu, daß der „Daily Herald" von Anfang an diese Forderung aufgestellt hat; nur sind die Arbeiter glücklicherweise nicht vertrauensselig genug, im Vertrauen auf weitere Verhandlungen und ein endliches Eingreifen der Regierung auf den Streik zu verzichten. Wenn der Arbeitsminister sich weigert, in den Streik einzugreifen, so wahrscheinlich nur deshalb, weil er meint, daß die Unternehmer Erfolg haben werden, und er sich davon eine Zermürbung des Kampfwillens der Arbeiter verspricht.

Was „Daily Herald" kann, schafft auch der „Vorwärts".

Dieser Haltung des „Daily Herald" ist die Stellungnahme des „Vorwärts" zum belgischen Streik würdig. Man kann wohl sagen, daß die II. Internationale wenigstens in bezug auf die Abwürgung von Arbeiterkämpfen einheitlich vorgeht. Der „Vorwärts" sieht in dem Kampf der belgischen Bergarbeiter keine andere Bedeutung als die, daß die Zechenbesitzer ihre Halden räumen können und daß sie es vielleicht darauf angelegt haben, den Streik hinauszuziehen. Er schließt in der Annahme, daß die Arbeiter nicht selber entscheiden können, ob sie im Interesse der Unternehmer oder in ihrem eigenen Interesse streiken: „Die Regierung wird in diesem Spiel erneut eingreifen müssen, wenn sie der Neubelebung einer allgemeinen Generalstreikbewegung vorbeugen will."

Welche Selbstverleugnung des „Vorwärts"! Vor einigen Wochen freute er sich noch darüber, daß die deutschen Bergarbeiter infolge des belgischen Streiks zu tun bekämen und nun sagt er der belgischen Regierung, was zu tun ist, wenn sie „einer allgemeinen Generalstreikbewegung vorbeugen" will. Ein wahres Vorbild von Klassen-Solidarität — zur herrschenden Klasse hin.

Neue Verhandlungen in Belgien.

Der belgische Arbeitsminister hat neue Vorschläge zur Beendigung des Bergarbeiterstreiks gemacht, über die er in den nächsten Tagen mit den Unternehmern und Arbeitern verhandeln wird.

Die Berichte über Unruhen im Streikrevier häufen sich wieder. Im Zusammenhang mit einer verbotenen kommunistischen Kundgebung in Lüttich kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Polizei, bei dem 12 Arbeiter verletzt wurden.

Die „sittlich gefährdeten" Katholiken.

Dem Dortmunder „Generalanzeiger" schreibt ein Leser aus Essen:

„Sonntag morgen gedachte ich wieder einmal einem Freunde die hervorragenden Kunstschätze, vorzüglich der neueren Malerei und Plastik, die unser Folkwang birgt, vorzustellen. Dieses Unterfangen gab mir Anlaß zu einer überaus beschämenden Feststellung. Jener kleine rondellartige Raum im Folkwang, in dem der ‚Minne-Brunnen' aufgestellt ist, hat als ein Mittelpunkt des ganzen Baues zu gelten, da er die Anforderung, diese künstlerisch hervorragende Gruppenplastik von fast symbolischer und weihevoller Eindruckskraft in aller Schönheit zur Wirkung und dem Betrachter zum Erlebnis zu bringen, in ganz besonderer und raumkünstlerisch ausgezeichneter Weise erfüllt. Dieser Raum ist in der verantwortungslosesten Weise seiner Bestimmung entzogen worden —: am Sonntagmorgen waren die hohen, den Brunnenrand schmückenden Marmorplastiken, fünf nackte Jünglingsgestalten, entfernt! Nur kahle Flecken bezeichneten noch ihren früheren Standort . . . Beschämt mußte ich dem erstaunt dreiblickenden Besucher, zu dem ich gerade von diesem Werke begeistert gesprochen hatte, mein eigenes Befremden über diese merkwürdige Maßnahme der Museumsleitung eingestehen.

Ein schwarzer Verdacht —: Sollte vielleicht ein gewisses kommendes ‚kulturpolitisches Ereignis' seine Schatten vorausgeworfen haben? Eine Anfrage bei einem Museumsbeamten bestätigte tatsächlich meine Vermutung; auf meine Frage, ob man vielleicht die fünf nackten Jünglinge als ‚Kulturschande' beizeiten vor den Augen gewisser zu erwartender Besucher wohlmeinend verborgen hätte, sagte dieser Mann: ‚Was Sie meinen, ist schon richtig; es ist wegen des Katholikentages (mit dem eine Ausstellung kirchlicher Kunst im Folkwang verbunden ist. D. Verf.), aber wir legen dafür Blumen auf den Brunnenrand.' (!!!)"

Wie fürchterlich muß es in der Seele der verantwortlichen Katholiken aussehen, die meinen, durch nackte Marmorjünglinge ihre Schäflein „sittlich" zu gefährden. Aber auch das Nachgeben der Stadt- und Museumsverwaltung bei solchen tollen Anträgen ist beklagenswert. Wer solche Anträge stellt, beweist damit, daß er krank ist; denn er schließt von seiner eigenen Reizbarkeit auf die anderer Leute. Man sollte ihn also in Kaltwasserheilkuren nehmen und ihn nicht zum Kunstschutzmann machen.

Zu den Verhandlungen Zentrum-Nazis.

Eine gemeinsame Erklärung.

In einer Sitzung von Vertretern der Nationalsozialisten und des Zentrums, die unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Göring stattfand, wurde folgende „Verlautbarung" vereinbart:

„Gegenüber zahlreichen Kombinationen in der deutschen Oeffentlichkeit wird bezüglich der zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum schwebenden Verhandlungen festgestellt, daß diese Verhandlungen begonnen wurden und fortgesetzt werden mit dem Ziel der Beruhigung und

Festigung der innerpolitischen Verhältnisse in Deutschland auf längere Sicht,

da nur auf der Grundlage der Wiederherstellung des Vertrauens eine erfolgreiche und wirksame wirtschaftliche Besserung und Beseitigung der außenpolitischen Isolierung

erzielt und gesichert werden kann."

Die nationalsozialistische „Westhavelländische Tageszeitung" in Rathenow ist auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen auf die Dauer von drei Tagen verboten worden.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH. Berlin S 14, Inselstr 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH. Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

iSK

7. JAHRGANG 9. HEFT SEPTEMBER 1932

Inhalt:

WALTER FLIESS:

Zum Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht

*

GUSTAV HECKMANN:

Mehr Politik!

Zur Klassenlage in Deutschland.

*

Zum Nachdenken:

Demokratischer Kampf.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8 a.

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w.
erhalten
Reform-Nahrungsmittel
zu Ausnahme-Preisen
Bitte, Sonder-Liste anfordern!
FRISCHKOST - REFORMHAUS
Magdeburg
O. v. Guericke-straße 104

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy,
Berlin O 112, Scharnweberstr. 16/17

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:
Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 — A1 Jäger 2987
Ab 30. August: Die berühmten 3 Komiker
Charlie Chaplin
Charlie arbeitslos
Buster Keaton
Casanova wider Willen
Harold Loyd
Anfangszeiten: 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Sprechapparate Koffer/Schatullen/Schränke.
Schallplatten für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebote!
Otto Pfotenhauer, Weimar, Röhrstr. 40.

Krieg den imperialistischen Kriegen!

Vox clamantis.
Betrachtungen über den Krieg und anderes
von **Ku Hung-ming.**
107 Seiten. Broschiert 1,20 Mark.

Inhalts-Uebersicht: Die christlichen Kirchen und der Krieg. — Die moderne Erziehung und der Krieg. — Die modernen Zeitungen und der Krieg. — Japans Rechtfertigung. — Ehre oder Interessen? — Amerikanische Mentalität. — Stunden mit Konfuzius. — Und anderes.

Zu vielen Fragen, die für einen sozialistischen Kriegsgegner wichtig sind, findet man eine Antwort in diesem Buch des chinesischen Gelehrten und guten Europa-Kenners.

Verlag „Öffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstraße 8a. Postscheckkonto: Berlin Nummer 313 42

Die Unterdrückungskampagne gegen die KPD.

Die hämischen Schikanen gegen die Kommunistische Partei und ihre Nebenorganisationen nehmen ihren Fortgang. Noch ist die „Rote Fahne“ nicht wieder heraus, da erfolgt bereits die nächste Maßnahme gegen die Berliner Kommunisten:

Die für den 2. September im Neuköllner Stadion angesetzte Versammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus und der KPD ist „aus sicherheitspolitischen Gründen“ verboten worden. Natürlich sprach aber Hitler am Donnerstag abend unschikaniert im Sportpalast; natürlich findet der „Stahlhelm“-Tag statt.

Immer *unverhohlener* zeigen die Sachwalter der Ruhe und Ordnung ihr Gesicht. Angesichts dieses Unterdrückungsfeldzuges gegen die revolutionäre Kritik an der heutigen Gesellschaft haben wir es begrüßt, daß Klara Zetkin neulich mit der Wucht ihrer moralischen Kraft, mit der Einfachheit und Größe ihrer Solidarität mit den Unterdrückten eine öffentliche Kampfansage an die Welt des sozialen Unrechts halten konnte.

Gegen die Internationale Arbeiterhilfe wird Material gesucht: am Donnerstag wurden ihre Räume in der Wilhelmstraße und in der Stallschreiberstraße in Berlin durchsucht. Es wurden Papiere fortgeschleppt; sie werden jetzt „gesichtet und geprüft“. Elf nicht-deutsche Genossen wurden verhaftet, angeblich, weil sie sich nicht genügend ausweisen konnten. Von den elf sind neun wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Ein Rumäne und ein Ungar wurden in Haft behalten, da sie keine Papiere besitzen. Wahrscheinlich wird ein Verfahren wegen Paßvergehens gegen sie eingeleitet werden.

Die politische Justiz in Berlin

steuert auf ihr erstes Todesurteil gegen Arbeiter los. Der Beteiligung an der Erschießung des NS Gatschke (am 29. August in Charlottenburg) verdächtigt, wurden sechs Kommunisten verhaftet. Die Polizei läßt mitteilen, daß mit einer baldigen Aufklärung der Sache gerechnet werden könne.

Die Schießerei liegt aber keinesfalls eindeutig klar. Sicher ist, daß in dem Nazilokal in der Röntgenstraße, vor dem die drei SA-Leute angeschossen worden sind, von der Polizei mehrere Schußwaffen gefunden wurden. Sicher ist, daß auf der dem Lokal *gegenüber* liegenden Straßenseite eine Fensterscheibe zerschossen wurde. Die kommunistische Presse behauptet, daß die SA aus dem Lokal heraus auf heimkehrende Arbeiter geschossen hätte.

Der Verteidiger im Felseneck-Prozeß,

Rechtsanwalt Litten von der Roten Hilfe, ist zur Ausübung seiner Funktion im Felseneck-Prozeß wieder zugelassen worden. Das Kammergericht hat im Sinne der Beschwerde Littens entschieden und den Beschluß des Schwurgerichts, durch den Litten von der Verteidigung im Felseneck-Prozeß ausgeschlossen wurde, zurückgewiesen.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Montag, 5. September, um 20 Uhr, im „Hackeschen Hof“, Rosenthaler Str. 40-41 (Nähe Bahnhof Börse). Thema: „Arbeiter-Regierung statt Regierung der Barone!“
Freie Aussprache. Eintritt frei.

Braunschweig: Dienstag, 6. September, 20.15 Uhr, Lesehalle, Hintern Brüdern 23. Thema: „Der Klassenkampf der Regierung Papen.“

Erfurt: Sonnabend, 10. September, 20 Uhr, im Volkshaus, Johannesstraße, Hintergebäude. Thema: Die politische Lage nach dem Burgfrieden.

Hamburg-Barmbeck: Sonnabend, 3. September, 20,15 Uhr, im Volkshaus Barmbeck, beim alten Schützenhof 4. Thema: „Der Generalangriff der Reaktion.“

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Kommunisten und Nazis vor dem Gericht.

Zwei Maßstäbe.

Das Sondergericht II in Dortmund verurteilte am Donnerstag den 31jährigen Schlosser Seibel aus Dortmund „wegen Totschlags und wegen versuchten Totschlags in zwei Fällen sowie Vergehens gegen die Waffenbestimmungen“ zu sechs Jahren Zuchthaus. Seibel wird zur Last gelegt, in der Nacht zum 3. Juni bei einer Schießerei mit Nationalsozialisten in Lünen den NS Fröse erschossen zu haben.

Es handelt sich hier also um ein Vergehen, das noch nicht unter die Terror-Notverordnung vom 9. August fällt. Wir brauchen nur an ein Urteil gegen Nazis zu erinnern, über das wir in unserer gestrigen Nummer berichteten, um zu zeigen,

welchen von den beiden Maßstäben,

die die deutsche politische Justiz je nach Bedarf anzulegen pflegt, im vorliegenden Falle zur Anwendung kam: das Insterburger Sondergericht verurteilte am Mittwoch einige Nazis, weil sie bei einer Schlägerei (vor dem 10. August) einen Kommunisten erschlagen hatten, zu Höchststrafen von drei Jahren Gefängnis. Und am Montag hatte das Flensburger Sondergericht den Nazi Kurdzel, der in einer politischen Schlägerei einen Kommunisten erschossen hatte — also ein Fall, wie er in Dortmund dem Schlosser Seibel zur Last gelegt wird — ebenfalls zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Wir erinnerten beim Bericht über das Flensburger Urteil bereits an die scheußlichen nationalsozialistischen Morde an den Kommunisten Bassy und Sterley — Mordtaten an Einzelnen, die nicht in dem Rausch einer größeren Schlägerei vor sich gingen, und die ebenfalls mit drei Jahren bzw. drei Jahren drei Monaten Gefängnis geahndet wurden.

*

Der andere Maßstab wurde angelegt vom Berliner Sondergericht (Erste Kammer) am Donnerstag, wenigstens vom Staatsanwalt. Es handelte sich um die Anklage gegen etwa 20 Kommunisten wegen Beteiligung an einer Schießerei in der Nacht zum 31. Juli in Berlin. Dabei ist nicht nur ein Nazi angeschossen worden, sondern auch die Angeklagten Stühmer und Kreiser wurden durch Schüsse verletzt. Es war aber kein Nazi angeklagt; vielmehr wurde der Nazi Klemm, von dem Stühmer behauptet, daß er (Klemm) auf ihn (Stühmer) geschossen habe, als Zeuge vernommen. Natürlich stritt er jede Beteiligung an den Vorgängen ab. „Die Anklage nimmt an, daß die beiden verletzten Angeklagten durch Schüsse ihrer eigenen Genossen verletzt sind.“

Das Urteil: Der Hauptangeklagte, der Heilgehilfe Hermann Stühmer erhielt wegen schweren Landfriedensbruchs und versuchten Totschlags eine Zuchthausstrafe von drei Jahren, die übrigen Angeklagten teilweise wegen einfachen Landfriedensbruchs bzw. wegen Körperverletzung folgende Strafen: Der Arbeiter Hans Krüger, der Packer Otto Altenpohl und der Arbeiter Kreiser je zwei Jahre Gefängnis, der Bäcker Kurt Fabianke ein Jahr Gefängnis.

Man muß beachten, daß auch dieser Zusammenstoß noch nicht unter die Terror-Notverordnung fällt.

Der Auftakt zum Katholikentag.

Kinder — Eltern — Schule.

E. M. Essen, 1. September.

Die 71. Generalversammlung der deutschen Katholiken in Essen hat begonnen. „Christus in der Großstadt“ ist das Motto, welches über der Tagung steht.

Manch einer mag erwartet haben, daß man in dieser Zeit, wo sich innerhalb des Katholizismus mehr als bisher *politisch* verschiedene Strömungen zeigen, das Leitthema des Katholikentages aus dem politischen Bereich gewählt hätte. Es scheint uns nur ein Zeichen der alten Klugheit der Kirche zu sein, ein rein weltanschauliches Thema zu wählen; einmal wird es so vielleicht am besten gelingen, die verschiedenen politischen und auch sozialen Strömungen im Katholizismus wieder fester zusammenzuschweißen; ferner wählt man in der Organisation der Autorität zu öffentlichen Demonstrationen besser das, was alle eint, als was sie trennt:

Wer die Jugend hat . . .!

Es kann nicht überraschen, daß Kinderkundgebungen, die Generalversammlung der Katholischen Schulorganisation, verbunden mit einer großen Elternkundgebung und Kundgebungen der katholischen Jugendorganisationen, den Auftakt zum Katholikentag bildeten.

Die Kundgebung der Katholischen Schulorganisation, die durch einen tausendstimmigen Kinderchor einen sehr anmutigen Rahmen erhielt, wurde eröffnet von Wilhelm Marx. Wie immer, so wurde auch diesmal von Marx betont: „Stets ist es der zentrale Programmpunkt der gesamten katholischen Schulbewegung gewesen:

‚Katholische Schulen für katholische Kinder‘,

d. h. Schulen, in denen Christus wirklich seine Herrschaft ausübt, in denen treue katholische Lehrer katholische Kinder so erziehen, wie es der Wille Gottes und Christi ist.“

Im Mittelpunkt der Kundgebung stand die Rede des Bischofs Berning aus Osnabrück: „Elternpflichten in der Erziehungsnot unserer Tage“.

Die Rede, die von praktischen Ratschlägen für die Eltern durchsetzt war und auch im übrigen an die Erfahrungen des alltäglichen Lebens anzuknüpfen suchte, wurde mit Interesse und Begeisterung von der Elternschaft aufgenommen. Hier einige Teile daraus, die zugleich eine Probe geben von der Museumssprache, in der die Kirche geradezu eingefangen ist: „Vieles hat uns die Not der Zeit genommen. *Ein* Gut ist uns geblieben, das sind unsere Kinder. Kinder sind doch ein Geschenk des Himmels, in deren Seele der Adel des Gottesebenbildes prängt. Kinder sind Führer zum Himmel. Gott hat euch die Kinder als das Unterpfand eurer ehelichen Liebe geschenkt und wird sie einst am Tage des Gerichts von euch zurückfordern. . . .

Drei Nöte machen die Erziehung in unseren Tagen so schwer.

Unser Volk und unsere Kinder sind körperlich und seelisch kraftlos geworden, durch die Enge der Wohnung, durch die Technik mit ihrem Lärm und ihrer Unrast, durch Mangel an Ernährung. . . .

Wir brauchen ein Geschlecht, das wieder beten kann.

Die Not unserer Zeit würde aber niemals so furchtbares Ausmaß angenommen haben, wenn die Welt nicht so gottlos wäre. Durch Bolschewismus und Freidenker wird der Gottesglaube aus den Seelen der Menschen gerissen. . . . Alles muß zusammenstürzen, wenn der Mensch vom Ursprung des Lebens, von seinem Schöpfer und Erhalter sich loslöst. Darum ist die größte Aufgabe der Eltern und Lehrer, die Erziehung der Kinder zur echten, rechten Gottverbundenheit. Wir brauchen ein Geschlecht, das wieder beten kann und so das Schicksal zu tragen und zu meistern versteht.

Nur die treue Zusammenarbeit von Elternhaus, Schule und Kirche kann zum Ziel führen. Nur so bauen wir eine lebendige Mauer um unsere Kinder, um diesen kostbaren Schatz. . . .

Gegen das „absolute Staatsmonopol“ — in Schulfragen.

Ihren *politischen* Ausdruck fand diese Kundgebung in der

Entschließung,

die die Richtlinie für die künftige Arbeit in den Parlamenten in Schul- und Erziehungsangelegenheiten gibt. Darin heißt es u. a.:

„Einem Reichsschulgesetz können die deutschen Katholiken daher nur ihre Zustimmung geben, wenn es die von Gott den Eltern und der Kirche gegebenen Rechte verwirklicht, die Gewissensfreiheit der katholischen Eltern anerkennt und der Forderung gerecht wird: Katholische Schulen für katholische Kinder.“

Für ein Reichsschulgesetz müssen u. a. folgende Forderungen erhoben werden:

Es muß eine katholische Schule ermöglichen, die in ihrer ganzen Einrichtung den katholischen Forderungen entspricht. Es muß dafür sorgen, daß auch in den Simultanschulländern nach dem Willen der Eltern Bekenntnisschulen errichtet werden können. . . .

Angesichts der sich immer stärker mehrenden Stimmen, die katholische Bekenntnisschule gefährde die Einheit unseres Volkes und sei nicht in der Lage, echte nationale Gesinnung zu pflegen, betonen die in Essen versammelten deutschen Katholiken, daß eine tiefere Begründung echter vaterländischer Gesinnung, die sich zur hingebenden Tat auswirkt, nicht gefunden werden kann, als sie im katholischen Glauben geboten ist.

Die deutschen Katholiken erwarten ferner, daß endlich der Religionsunterricht auch in den Berufs- und Fortbildungsschulen in allen Ländern, die der Verfassung entsprechende Stellung erhält. Der mit großen Opfern der Religionslehrer und Berufsschulmänner bisher trotz schwierigster Verhältnisse auf freier Grundlage durchgeführte Religionsunterricht hat unterrichtlich und jugendpflegerisch den erfreulichsten Erfolg. Nachdem die maßgebenden Behörden dies selbst ausdrücklich festgestellt haben, kann jetzt die Anerkennung des Religionsunterrichts als eines schulplanmäßigen Faches der Berufs- und Fortbildungsschulen nicht länger verweigert werden.

Noch einige Stellen aus dem Aufsatz von Marx: „Der Kampf um die Schule“ (erschienen in dem Festblatt zum Katholikentag), der wegen der Stellung zur weltlichen Schule wichtig ist:

„Der jetzige Reichsinnenminister von Gayl hat Ende Juli an die Unterrichtsminister der Länder ein Schreiben gerichtet, in dem er seine Absicht kundgibt, die Arbeiten für ein Reichsschulgesetz wieder aufzunehmen. . . . Der Herr Reichsinnenminister wird bei diesem seinen Vorgehen auf die tatkräftigste Unterstützung des katholischen Volkes und seiner politischen Vertretung rechnen können. Wenn in irgend einer Frage, dann in der Schulfrage, ist das katholische Volk einig, geschlossen, begeistert, stark! . . .

Die Gefahr religionsloser Verseuchung.

Unbegreiflich erscheint . . . das Verlangen rechtsgerichteter Kreise, die in Preußen errichteten sogenannten Sammelschulen wieder aufzuheben. Man rühmt sich sogar, dahingehende Anträge im Landtag gestellt zu haben! Was würde erreicht, wenn diese Anträge angenommen werden sollten? **Die Kinder, die nach dem Willen ihrer Eltern keinen Religionsunterricht erhalten, keine religiöse Erziehung genießen sollen, die also religionslos aufwachsen sollen, würden dann in großer Zahl in die Konfessionsschulen zurückkehren. Die Gefahr der religionslosen Verseuchung: die Bildung gottloser Zellen würde damit . . . um das Vielfache gesteigert werden. . . . Und diese Gefahr führt man herbei, indem man sich rühmt, in ganz besonderer Weise für die christliche Erziehung besorgt zu sein!“**

„Es kommt der Tag des braunen Schimmers.“

Hitler im Sportpalast.

M.S. Ohne Voreingenommenheit — die ich habe, die ich aber nicht aufzubieten brauchte — zu Hitlers zweistündiger Rede am Donnerstag abend im Sportpalast vor 20 000 Hörern das zusammenfassende Urteil:

Hitler keuchte.

Hitler vertröstete auf den Vorsprung der 40 Jahre, die er Hindenburg voraus habe.

Hitler stellte sich an das Rad der Geschichte, das sich — aber das ist nicht Hitlers Verdienst — nicht zurückdrehen lasse.

Hitler versuchte, mit Zahlen zu hantieren, aber glitt ab ins Marxistische: Die *Quantität* der Reichstagsmandate von 37 Prozent schlug um in die *Qualität* der sittlichen Kraft, die er einschließlich der Beuthener „Kameraden“ durch die Angabe von 75 Prozent dann wieder in die Sprache der Quantität zurückübersetzte.

Hitler prophezeite, er werde die „Nation“ erobern. An der Gewalt seiner Idee würden „sie“ (die Herrenklub-Regenten) zersplittern. „Wann?“ fragten die Gesichter der SA- und SS-Stürmer. — Wenn „übermorgen“ der Nationalsozialismus Sieger sein werde!

Hitler verbürgte sich für „seine Standarten und seine Stürme“, daß sie *nie* der Zähmung durch Schleichers Wehrpläne verfallen würden. (Minutenlanger Beifall. Frauen und Mädchen klatschen wie wahnsinnig.) Gewiß, die Standarten kriegt Schleicher nicht. Aber die will er auch nicht. Wenn er nur die *Hände* kriegt, die die Hakenkreuzbanner trugen, wenn er nur die Menschen kriegt, — nein, seien wir ruhig vorsichtiger — *die Leiber*, die in den braunen und schwarzen Hemden stecken. Die Uniformierung wird er schon selber besorgen.

Hitler bekannte feierlich, wozu unter ihm „des Reiches Heer“ da sein würde, *wenn* das Schicksal ihm die Macht in die Hände drücken würde.

Hitler appellierte an *das deutsche Volk*, eine Koalition zu verhindern (kein Beifall), deren Partner darauf aus seien, ihm sein Geistesgut zu nehmen (starker Beifall).

Hitler pries sich und sein Geistesgut stundenlang. Er war der Hauptinhalt seiner Rede.

Hitler keuchte vor Anstrengung, um zu beweisen, daß hinter ihm die Zukunft stehe. Ein an sich schon unmöglicher Beweis, aber auch nur als Wahrscheinlichkeitsschluß auf künftige Erfolge an diesem Abend nicht geglückt.

*

Warum versprach Goebbels in seiner Vorrede, „der Führer“ werde von der *Politik* der nächsten Wochen reden, d. h. von der Kunst des Möglichen in der Annäherung an das Ziel? Oder ist das Ziel so fern?

*

„Wie Ihr's Euch träumt wird Deutschland nicht erwachen!
Denn Ihr seid dumm, und seid nicht auserwählt.
Die Zeit wird kommen, da man sich erzählt:
Mit diesen Leuten war kein Staat zu machen.“ (Kästner.)

Welche Aussichten hat Papens Programm?

Konjunkturforschungs-Institut für Papen.

Papens Wirtschaftsprogramm geht davon aus, daß wir nicht allzu weit vom Ende der Krise entfernt seien, daß daher heute „jeder Einfluß zur Belebung der Wirtschaft mit einiger Wahrscheinlichkeit dazu beitragen wird, die natürliche Fortsetzung in einem tatsächlichen Aufschwunge der Wirtschaft zu finden". Der neueste Vierteljahresbericht des Instituts für Konjunkturforschung liefert die Begleitmusik zu dieser Rede.

Die zusammenfassende Darstellung der „Weltkonjunktur Ende August 1932" schließt mit der vorsichtig formulierten Behauptung: „Dennoch dürfte die Weltwirtschaft als Ganzes sich nunmehr anschicken, das Krisentief zu überwinden."

Die entsprechende Darstellung der Konjunktur in Deutschland schließt mit dem Satz: „Wenn die Wirtschaft sich selber überlassen bleibt, kann vorerst nicht mehr als günstigstenfalls ein allmählicher Auslauf der Rückgänge in Absatz, Produktion und Beschäftigung erwartet werden." *Wenn die Wirtschaft sich selber überlassen bleibt!* Beim Abschluß des Berichtes (am 27. August, also am Tag vor Papens Rede in Münster) wußte man im Konjunkturforschungsinstitut, daß Papen die Wirtschaft keineswegs sich selber überlassen will, weil er dabei nämlich seine Klassengenossen dem sonst üblichen Schicksal von Bankerotteuren überlassen müßte.

Die Aussichten der von Papen auf Kosten der Ausgebeuteten geplanten Krisenbekämpfung hängen weitgehend davon ab, ob sich wirklich international eine Konjunkturbesserung anbahnt, wie das Konjunkturforschungs-Institut es offenbar annimmt. Denn wenn Deutschland — nach Anwendung der barbarischen Krisenüberwindungsmethoden der Junker — nicht durch einen internationalen Konjunkturaufschwung gewissermaßen mitgenommen wird, dann folgt nach dem Jahr der Papenschen Hilfsaktion ein noch größerer Katzenjammer.

Was sagt das Institut im einzelnen zur Lage der Weltwirtschaft und deren Besserungsaussichten? Ein objektiver Bericht darüber wäre angesichts der eben genannten Umstände wichtiger denn je.

Krisenende in der Weltwirtschaft?

Das Institut für Konjunkturforschung verschweigt die ungünstigen Tatsachen nicht. Die Indexziffer der industriellen Weltproduktion fiel von 69,7 im April auf 66 im Juli. Im Welthandel ist der wertmäßige Umsatz vom ersten zum zweiten Vierteljahr um 7 Prozent zurückgegangen (der Mengenumsatz hat sich wohl etwa auf der Höhe oder vielmehr Tiefe des vorigen Vierteljahres gehalten). Produktion und Beschäftigung schrumpfen weiter.

Doch stellt das Institut eine

„entscheidende Wandlung der psychologischen Grundstimmung"

fest. Es habe beruhigend gewirkt, daß sich nach der Kreuger-Affäre Zusammenbrüche von weltwirtschaftlicher Tragweite nicht mehr ereigneten. Die Vertrauensbefestigung finde ihren Ausdruck in einem weiteren Zurückgehen der Bargeldhortung, in einem Ansteigen der Bankeinlagen und in zunehmender Kreditverflüssigung, schließlich in Preisbefestigungen an den Wertpapier- und Warenmärkten.

Insbesondere in den Gläubigerländern England und USA sieht das Institut Zeichen der Besserung.

Zwar ist auch in England die industrielle Produktion vom ersten zum zweiten Vierteljahr zurückgegangen, die Arbeitslosigkeit war Ende Juli um 6 Prozent höher als Ende April (Saisonschwankungen ausgeschaltet). Aber: Die niedrigen Leihgeldsätze auf dem Geldmarkt (dem Markt der kurzfristigen Kredite) wirkten allmählich auch auf den Kapitalmarkt (den Markt der langfristigen Anlagen). Das ermöglichte es zum Beispiel der Regierung, die große 5prozentige Kriegsanleihe zu kündigen und in eine 3½prozentige Anleihe zu verwandeln; dabei erklärte sich bekanntlich ein überwältigend großer Teil der Anleihebesitzer mit dem Umtausch einverstanden, — eben weil auch auf dem Kapitalmarkt die Zinssätze gefallen waren. Das Institut für Konjunkturforschung hält als Folge der gesunkenen Leihgeldsätze sogar ein Wiederaufleben der Investitionstätigkeit nicht für ausgeschlossen und meint: die hohe Stahlproduktion deute vielleicht darauf hin, daß Ansätze dazu schon vorhanden seien.

Auch über die Lage in den USA wird ein ähnliches Bild gezeichnet: Die Produktion ist von April bis Juli um 7 Prozent gesunken. Die Stahlindustrie wird zu 12 bis 15 Prozent ausgenutzt. Aber: Infolge der Kreditpolitik der Notenbanken ist der Geldmarkt flüssig geworden; die Flüssigkeit hat auch hier auf den Kapitalmarkt übergegriffen. Das Institut schätzt die Aussichten für Ankurbelungsmaßnahmen verhältnismäßig hoch ein, weil weitgehend die Läger geräumt, Preise und Kosten einander genähert sind und an vielen Stellen der Wirtschaft „Absatzreserven" und Produktionsmöglichkeiten vorhanden seien.

Der Bericht über die Weltkonjunktur ist im Ganzen auf einen zuversichtlichen Ton gestimmt. Und das, nachdem noch am 10. August das Institut in einem Wochenbericht schrieb: „Die Ansätze zu Konsolidierungstendenzen, die neuerdings in manchen Ländern zu beobachten sind, haben auf dem Gebiet der Produktion noch keinen Ausdruck gefunden. Sie beschränken sich meistens auf börsenmäßige Vorgänge (einzelne Geld-, Effekten- und Warenmärkte), und haben auch hier in manchen Ländern erst so geringen Umfang, daß sie zahlenmäßig noch nicht erkennbar sind."

Wir stellen also zum mindesten im Konjunkturforschungsinstitut selber einen Stimmungsumschwung fest.

Leider können wir nicht nachprüfen, ob er auf der Entwicklung der Weltwirtschaft oder auf der Entwicklung der Beziehungen des Instituts zum Reichswirtschaftsministerium beruht. Wagemann, der Leiter des Instituts für Konjunkturforschung, und sein Schwager Warmbold, der Chef im Reichswirtschaftsministerium, sind beide wohl nicht unbeteiligt an dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Es könnte sehr wohl sein, daß sich nun das Institut — auch ohne von der objektiven Feststellung der Konjunkturlage abgehen zu *wollen* — bei der Deutung des Tatbestandes an Papens Wirtschaftsprogramm orientiert und aus den Tatsachen dessen Rechtfertigung herausliest.

Wie stark diese Einflüsse auf den Bericht auch gewesen sein mögen, — auch wir leugnen nicht, daß in der Weltwirtschaft gewisse Auftriebstendenzen sichtbar sind. Doch halten wir es für keineswegs ausgemacht, daß sie sich gegenüber den verheerenden Folgen der kapitalistischen Wirtschaftspolitik, die eine Bereinigung der Krise auf Kosten der herrschenden Klasse so weit wie irgend möglich zu vermeiden strebt, auf längere Zeit durchsetzen. Das hängt weitgehend von der künftig getriebenen Wirtschaftspolitik in den einzelnen Ländern ab, zum Teil auch von dem Verlauf der geplanten Weltwirtschaftskonferenz. Sicheres darüber weiß heute noch niemand.

Wenn Papen im Vertrauen auf einen internationalen Konjunkturanstieg 2,2 Milliarden Mark Steuereinnahmen künftiger Jahre im voraus verschenkt, so ist das also ein riesiges Spekulationsgeschäft. Wie bei jedem Spekulationsgeschäft ist der Ausgang ungewiß. Wenn Barone spekulieren, so sind die Gewinnaussichten zum mindesten nicht größer, als wenn jüdische Kaufleute ein Spekulationsgeschäft riskieren.

Der Schauplatz der Spekulationsgeschäfte: Deutschland.

Die Produktion der Konsumgüterindustrien ging stärker zurück als die der Produktionsgüterindustrien, weil diese an den Russenaufträgen einen vorübergehenden Halt fanden. Die Konsumgüterindustrien fanden keinen solchen Halt. Ihr Rückgang ist das Spiegelbild der wachsenden Verelendung der Massen.

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter nahm während des ersten Halbjahres monatlich um fast ein Prozent ab.

Um die Jahresmitte waren bei den Arbeitsämtern zum Beispiel 718 000 Bauarbeiter, 166 000 Landarbeiter, 82 500 Arbeitslose der Berufsgruppe Gast- und Schankwirtschaft gemeldet; für alle diese Gruppen liegt in der Jahresmitte der Höhepunkt der Saison! Die Zahl der bei den Arbeitsämtern eingetragenen Angestellten hat eine halbe Million überschritten; sie liegt um 43 Prozent höher als vor einem Jahr.

Die statistisch „unsichtbare" Arbeitslosigkeit wird von dem Institut auf 1½ Millionen geschätzt. Diese Armee der Hoffnungslosen, die beim Arbeitsamt nicht eingetragen sind, weil sie weder Unterstützung erhalten, noch auf Vermittlung von Arbeit hoffen, muß man zur amtlichen Ziffer von zur Zeit rund 5,4 Millionen Arbeitslosen hinzuzählen.

Wie stark — außer durch Kürzung der Unterstützungssätze — die

Kaufkraft der Arbeitslosen herabgedrückt

wurde durch Verschiebung der Hauptmasse in die minder gut unterstützten Gruppen, zeigt folgende Uebersicht:

	Juli 1931	Juli 1932
Hauptunterstützungsempfänger		
in der Arbeitslosenversicherung . . .	1205	757
in der Krisenfürsorge	1027	1354
Wohlfahrtserwerbslose	1063	2229
Nicht unterstützte Erwerbslose, die sich beim Arbeitsamt gemeldet haben . . .	695	1052
	3990	5392
Nicht unterstützte Erwerbslose, die sich nicht beim Arbeitsamt gemeldet haben .	?	rund 1500
		rund 6900

Das Arbeitseinkommen sank

infolge steigender Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sowie sinkender Stundenlöhne folgendermaßen:

1929 . . .	43 Milliarden Mark
1931 . . .	33—34 Milliarden Mark
1932 . . .	26—27 Milliarden Mark

Von Seiten der Kartellpreise kaum das geringste Nachgeben! Von hier aus erfolgte also keinerlei ins Gewicht fallende Stärkung der Massenkaufkraft. Die Indexziffer der gebundenen Rohstoffpreise hält sich seit März 1932 unverändert auf 84,1; die freien Rohstoffpreise sind inzwischen weiter nach unten gegangen, wie die für sie errechnete Indexziffer zeigt:

März . . .	65,3
April . . .	63,3
Mai . . .	61,3
Juni . . .	59,4
Juli . . .	59,4

Ankurbelung vor Ausmerzung der Bankerotteure?

Das Institut spricht offen aus, daß in Deutschland keine „Bereinigung" der Wirtschaft stattgefunden hat, daß sie vielmehr durch *Wirtschaftspolitik* verhindert worden ist. In dem Bericht heißt es: Es „darf jetzt nicht, wie nach früheren Kreditkrisen, die Lebensfähigkeit der verbliebenen Unternehmungen allein schon durch die bloße Tatsache ihrer Existenz als verbürgt betrachtet werden. Viele Reorganisationsmaßnahmen und Bereinigungen sind noch vorzunehmen und schaffen eine Belastung für die Zukunft. In den Ländern, in denen sich der Automatismus der Bewegung in höherem Grade als in Deutschland erhalten hat — so zum Beispiel in den angelsächsischen Ländern und wohl auch in Frankreich —, werden die freien Wirtschaftskräfte sich wohl sehr bald den Zugang zu einer dem früheren Konjunkturablauf grundsätzlich ähnlichen Entwicklungsbahn zu schaffen wissen. In Deutschland ist diese Gewißheit wegen der sehr viel weitergehenden Eingriffe in die Unternehmungswirtschaft nicht ohne weiteres gegeben. . . . Ob und inwieweit diese Möglichkeiten zur Wirklichkeit werden, hängt in hohem Maße von Art, Stärke und Konsequenz der politischen Führung ab, ist also dem ökonomischen Kalkül weitgehend entzogen."

*

Weil durch Wirtschaftspolitik der natürliche Krisenausweg verbaut worden ist, darum hängt die Wiederbelebung der Wirtschaft in der Tat in hohem Maße von der politischen Führung ab.

An vielen Stellen läßt das Institut durchblicken, daß ihm staatliche Maßnahmen zur Ankurbelung erwünscht scheinen, so in dem abschließenden Satz seines „Allgemeinen Ueberblicks über die deutsche Konjunktur": „Sofern keine durchgreifenden Aktionen zur Erhöhung des Wirtschaftsvolumens durch Arbeitsbeschaffung und Kreditausweitung einsetzen, wird deshalb vorerst mit einer weiterhin depressiven Lage auf allen wesentlichen Absatzgebieten zu rechnen sein." Darüber, ob und unter welchen Voraussetzungen Ankurbelungsmaßnahmen vor dem Bankerott der Bankerotteure Erfolg versprechen, läßt sich das Institut nicht näher aus, wohl aber über eine andere damit im Zusammenhang stehende Frage:

Das Problem der Zinssenkung.

Bei den engen Beziehungen zwischen Reichswirtschaftsministerium und Konjunkturforschungsinstitut ist es von Interesse, daß sich das Institut

gegen eine allgemeine Zinssenkung

ausspricht, wie sie zum Beispiel eben wieder im „Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftsblatt" vom 1. September eindringlich gefordert wird. Im Vierteljahresbericht des Konjunkturforschungsinstituts lesen wir: „Wenn man die Zinsen für Langkredite jedoch erneut generell ermäßigen wollte, so würden hiervon alle Schuldner betroffen, ohne Rücksicht darauf, ob die gegenwärtigen Zinslasten für sie tragbar sind oder nicht. Die zur Wiedererlangung des Vertrauens unbedingt erforderliche vorherige Ausscheidung überschuldeter Betriebe, Häuser u. s. w. würde beträchtlich verzögert. Andererseits hätten aber auch alle Gläubiger Zinsverluste zu ertragen, und die dringend erforderliche Förderung der Geldkapitalbildung würde erheblich gehemmt. Das Geldkapital würde von neuem aus langfristigen in kurzfristige Anlagen oder in die Banknote fluktuieren (fließen). Der vorsichtige Kreditgeber, der sich jahrelang mit geringer Rente begnügt hat, dafür aber in erster Linie auf die Sicherheit der Anlage sah, würde bei erneuter genereller Senkung der Zinsen für Langkredite genau so behandelt wie der Gläubiger, der auf unzureichende Deckungsunterlagen hin Kredit gegeben, sich dafür aber eine hohe Risikoprämie hat zahlen lassen. . . .

Auch in der Frage des Schuldennachlasses wird — wie von jeher — der Weg des individuellen Akkords (der Verständigung zwischen den einzelnen Gläubigern und Schuldnern) beschritten werden müssen."

*

Richtig! Es wäre vor allem völlig verkehrt, unter dem Schleier einer allgemeinen Zinsherabsetzung die Bankerotteure neben den soliden Unternehmungen in das gelobte Land besserer Konjunktur durchschlüpfen zu lassen. Denn gerade dann wird in dem gelobten Land wahrscheinlich weder Milch noch Honig fließen; das könnte dann höchstens — durch weiteres Fließen von Subventionen! — für eine kleine Gruppe erreicht werden, nicht einmal für alle Unternehmer.

Aber wird das Richtige geschehen? Es liegt nicht im Interesse der Großgrundbesitzer!

Die feudalen Mächte spotten aller Konjunkturforschung!

Eine Konjunkturvoraussage ist heute schwerer denn je. Das Institut hat ganz recht: Die Voraussage ist dem ökonomischen Kalkül weitgehend entzogen.

Uns gegenüber steht eine Klasse von Bankerotteuren, die nicht daran denken, vom Schauplatz abzutreten. Sie bremsen den ökonomischen Bankerott durch den Einsatz politischer Macht.

So erhalten sie ihre alten ökonomischen Machtpositionen. Freilich bringt ihnen fast keine dieser Positionen heute Profit. Die Klasse der Ausbeuter hat so weit abgewirtschaftet, daß sie zur Zeit bei stärkster Ausbeutung der Massen insgesamt mit Verlust wirtschaftet.

Rein ökonomisch betrachtet, treibt also die Krise in Deutschland zur Vernichtung von Großgrundbesitzern und schwerindustriellen Unternehmern. Brüning wollte daraus die Konsequenz ziehen und wenigstens einen Teil des bankerotten Großgrundbesitzes wirklich zur Zwangsversteigerung kommen lassen. Da traten sie wie über Nacht aus ihrer Reserve heraus: die von vielen totgesagten Mächte der Feudalzeit. Die Barone übernahmen selber die Regierung. Reichstagsmehrheit? Sie regierten ohne das und schalteten in Deutschland wie in alten Zeiten, als ob es ihr eigen wäre.

Sie spielen ein gewagtes Spiel. Wie gewagt es ist, haben wir an Hand der Angaben des Konjunkturforschungsinstituts geschildert. Die Barone hoffen, daß ihre Spekulation gelingt und daß sie Deutschland aus der Krise herausreißen und ihre Klasse aus dem Bankerott. Für sie selber geht es bei diesem großen Spekulationsspiel um die Erhaltung ihrer Macht. Für alle anderen ist die Spekulation des Herrn von Papen und seiner Klassengenossen eine sinnlose Gefährdung, in die sie hineingezogen und hineingelockt werden.

*

Vergessen wir nicht: An der Macht in Deutschland sind heute nicht etwa nur *Kapitalisten*, deren notwendiger Untergang seit Jahren behauptet wird. An der Macht sind außerdem und vor allem jene *feudalen* Herren aus Ostelbien, deren Untergang schon als historisches Ereignis registriert war. Es wird notwendig sein, die Geschichtsbücher zu ändern. Zwar sind gerade die Feudalherren heute *ökonomisch* besonders bedroht. Doch kann kein Konjunkturforscher ein Anzeichen dafür finden, daß sie abdanken *wollen*. Noch haben sie die Reichswehr. Noch haben sie den Trommler Hitler, der ihnen eine Schutzgarde stellt. Noch sind . . und das gibt den Ausschlag — ihre Klassengegner nicht einig.

Hellmut Rauschenplat.